

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Porto. Die Wohnstellen Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 5 Pfennig. Einjahresabonnement 50 Pfennig. Anzeigenpreise: Die 3spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1spaltige Raumzeile im letzten Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonntags- und Feiertagsanzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10 Uhr nachmittags. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn der Betrag durch die Redaktion abgelehnt wird. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn der Betrag durch die Redaktion abgelehnt wird. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn der Betrag durch die Redaktion abgelehnt wird.

Telegraphische Adressen: Wilsdruff-Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Abgabe von Anzeigen bis zum 10 Uhr nachmittags zu erreichen. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn der Betrag durch die Redaktion abgelehnt wird.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weixen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 245. — 83 Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 18. Oktober 1924.

## Gefahren für England.

Es brodeln und kocht wieder einmal allüberall in Vorderasien. Vor allem sind es drei Gefahrenzonen, wo jetzt, im Zeitalter der „Völkerverföhnung“, die Gewehre krachen, ja sogar Kampfflieger und Bombengeschwader in Tätigkeit treten.

Der alte, tiefwurzelnde Haß des Türken gegen England hat es zu einer merkwürdig aufgenommenen Erscheinung gemacht, daß zwischen beiden Staaten eine Zeitlang verhältnismäßige Ruhe bestand. Noch jetzt werden jedem Türken aus Haß die Augen dunkel, wenn er nur das Wort „England“ ausspricht. Nun ist, seitdem die Lausanne-Konferenz die Rössulfrage ungeklärt ließ, es dort oben am oberen Euphrat, wo die gewaltigen Petroleumvorräte einen Staat wie England zum Zugreifen geradezu reizen müssen, seit Monaten wieder zu erbittertesten Kämpfen gekommen, und das hat eine derartige diplomatische Spannung zwischen der Türkei und England hervorgerufen, daß man schon zu offenen Kriegszwängen schreitet.

Dabei hat England selbst offiziell natürlich mit der ganzen Geschichte gar nichts zu tun, höchstens insofern, als die Anglo-Persian-Company, die die Ausbeutung des weiter südlich gelegenen Petroleumbeckens betreibt und sich nun nach Norden hin ausdehnen will, eine englische Gesellschaft ist. Staatsrechtlich kommt hier ein arabischer Staat, der Irak, in Frage, der aber bekanntlich von den Engländern nach der Eroberung des Zweistromlandes begründet wurde und von einer der Söhne des jetzt gestorbenen Großsultans von Mesopotamien, Hussein, regiert. Denn der wahre Herrscher ist natürlich der Engländer. Der Kampf gegen die türkischen „Banden“ erfolgt denn auch mit allen Mitteln moderner Kampfstärke, aber auch in der von England meisterhaft ausgebildeten Artillerie, indem man es versteht, dort die einzelnen auf erbitterteste miteinander verfeindeten Völkerschaften gegeneinander auszuspielen. So ließ der Engländer beispielsweise seinen gefährlichsten und energischsten türkischen Gegner, den Wali von Sakkara, auf einer Reise von den Nestorianern gefangennehmen und entführen, was wieder Kemal Pascha, den Präsidenten der Türkei, „zur sofortigen Einberufung des Parlaments nach Angora, zum Protest gegen Englands Vorgehen, inoffiziell sogar zu offener Kriegsdrohung veranlaßte. England erläßt Gegenproteste, beruft sich, ebenso wie die Türkei, auf sein aus dem Lausanne-Vertrag hervorgehendes „gutes Recht“, und nun soll wieder einmal der Völkerbund helfen. In einer Lebensfrage der Türkei, die gar nicht Mitglied ist! Irgendwelche theoretisch-rechtlichen Unterlagen für eine Entscheidung gibt es aber nicht, da die Türkei ausdrücklich die an und für sich schon reichlich unbestimmten Sätze des Lausanne-Vertrages über die Rössulfrage nicht ratifiziert hat, vielmehr die Einsetzung einer Kommission erreicht, die zwar dreiviertel Jahre beriet, aber zu keinem Entschluß kam. Das entscheidende Wort sprechen vielmehr dort die Gewehre.

An der syrisch-türkischen Grenze, an der die Franzosen mit Flugzeugen und Granaten gegen türkische Dörfer wirkten, ist es etwas ruhiger geworden, aber in dem „groharabischen Reich“ geht es desto turbulenter zu. Die Wahabiten, jener fanatisch-mohammedanische Stamm Mittelarabiens, haben nicht bloß der englisch unterworfenen Herrlichkeit des Sultans Hussein in Mekka durch Eroberung der „Heiligen Stadt“ ein Ende gemacht, sondern auch das ostafrikanische Reich seines anderen Sohnes stark bedroht. Bis zu seiner im Nordosten des Toten Meeres liegenden Hauptstadt Amman sind sie vorgestoßen. Vater und Sohn werden jetzt wohl schon wohlgeborgen auf einem englischen Kriegsschiff sitzen. Es bekommt diesen vorderasiatischen Fürsten nicht allzu gut, das Brot Englands gegessen zu haben. Vielmehr bedeutet jetzt jener arabische Emir Ibn Saud in Arabien wieder alles, der bis zum Ende des Krieges fest auf der Seite der Türkei stehen geblieben war. Mit der Herrschaft Englands über die heiligen Stätten des Islam ist es fürs erste vorbei.

Und noch ein weiteres, mit alldem eng verknüpft, ist Gefahrenventil ist zugeschraubt worden: Bagdad, der ägyptische Ministerpräsident, ist tief erbittert von seiner Londoner Reise zurückgekehrt. „England hat von uns verlangt, daß wir uns selbst umbringen“, hat er als Quintessenz seiner Besprechungen mit der englischen Regierung bezeichnet. England bleibt in Ägypten „zum Schutz des Suezkanals“, England bleibt im Sudan und unterdrückt dort mit eiserner Hand jede Selbstständigkeitsregung — aber es kann nicht verhindern, daß diese Erregung unter der Decke brodeln und trotz blutiger Unterdrückung hier und da emporloberet. Und darum — das ist der Schlüssel zum Rössulstift — ist es erbittertester, unverföhnlicher Gegner der Türkei, weil dieses Land für alle Erregung und alle Wünsche der vorderasiatischen Welt Vorbild und Nährboden ist.

## Russische Schrecken Herrschaft in Georgien.

Paris, 17. Oktober. Die georgische Gesandtschaft veröffentlicht eine Mitteilung, wonach die Kämpfe an verschiedenen Stellen in Georgien wieder entbrannt sind. Die Sowjetregierung schreitet zu grausamen Repressalien und fährt weiter fort, die friedliche Bevölkerung zu erschrecken.

## Appell an das Volk?

### Reichstagsauflösung wahrscheinlich.

Berlin, 16. Oktober.

In den Mittagsstunden empfing heute der Reichstanzler die Führer der Koalitionsparteien, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Nach Bekanntgabe eines Beschlusses der Zentrumsfraktion stellte der Reichstanzler in Abereinstimmung mit den Parteiführern fest, daß er weitere Verhandlungen mit den Fraktionen über die Erweiterung der Regierung für aussichtslos halte; die Reichsregierung behalte sich ihre Entscheidung vor.

Der an der Beratung teilnehmende Zentrumsabgeordnete Stegerwald hatte ausgeführt, die Zentrumsfraktion berate augenblicklich noch, werde aber in einer Entschließung ihr Bedauern ausdrücken, daß die Versuche des Kanzlers zur Bildung eines erweiterten Kabinetts gescheitert seien. Das Zentrum wünsche nunmehr, dem Kanzler die volle Handlungsfreiheit zurückzugeben.

Den direkten Anlaß zu dieser neuen Szenenänderung im wechselvollen Spiel um die Regierungsbildung bot der gestrige Beschluß der Demokraten. Diese Fraktion sagte darin, sie halte daran fest, daß die gegenwärtige Krise ohne Not heraufbeschworen worden sei, und daß schwerwiegende Gründe der Außenpolitik ein Beibehalten der jetzigen Regierung erfordern. Die Regierung habe die Pflicht, sich vom Reichstag die Zustimmung für die Fortführung der bisherigen Außen- und Innenpolitik geben zu lassen, und dürfe erst abtreten, falls wider Erwarten der Reichstag sie dazu zwingt. Entsprechend ihren bisherigen Beschlüssen, vermöge die Fraktion eine einseitige Erweiterung der Regierung nach rechts nicht mit ihrer Verantwortung zu beden. Inzwischen ist auch Reichswehrminister Geßler den Versicherten entgegengetreten, er werde in der Regierung verbleiben, auch wenn seine Partei aus dem Kabinett ausscheide. Geßler erklärte bestimmt, er werde selbstverständlich mit seiner Fraktion aus der Regierung ausscheiden. Die Demokraten geben noch bekannt, sie würden einer neuen Regierung keine „Opposition auf jeden Fall“ ansagen, sondern erst ihre Zusammenfassung und ihr Programm abwarten, und dann von Fall zu Fall entscheiden. Sie seien aber nicht dafür, den Reichstag ohne Anhörung des Plenums aufzulösen.

### Das Zentrum für Neuwahlen.

Nach Beendigung der Kanzlerbesprechung mit den Koalitionsparteien wurde die einstimmig gefasste Ent-

wicung des Zentrums bekannt. Sie stellt zunächst fest, daß die Bemühungen gescheitert sind, eine nach den parlamentarischen Kräfteverhältnissen bestands- und arbeitsfähige Regierung auf Grundlage der Volksgemeinschaft zu bilden. Auch die daraufhin aus Gründen der Außenpolitik und im Interesse der besetzten Gebiete von der Fraktion erstrebte Beibehaltung der bisherigen Regierung sei nicht durchzuführen gewesen. Ebenso scheiterte der weitere Versuch, die Regierung in tragfähiger Form nach rechts zu erweitern. Dann heißt es weiter:

Die Zentrumsfraktion erachtet daher den Reichstanzler, dem sie ihr volles Vertrauen ausspricht, kein Mittel unversucht zu lassen und im äußersten Notfall an das politische Urteil des Volkes zu appellieren, um eine tragfähige Regierung zu schaffen, die imstande und gewillt ist: 1. die bewährte Linie der durch den Reichstanzler getragenen Außenpolitik zu sichern, 2. die Aufgaben der sozialen Veröhnung und des wirtschaftlichen Friedens weiter durchzuführen, 3. die christlichen Kulturgüter zu schützen und zur Entfaltung zu bringen.

Für den Abend wurde eine Kabinettsitzung einberufen, die nach den klärenden Vorgängen des Tages die Entscheidung treffen soll. Man erwartet auf allen Seiten nunmehr die Auflösung des Reichstages, über die der Reichstanzler schon heute mit dem Reichspräsidenten verhandelt haben soll, und zwar wahrscheinlich auf Lösung ohne vorherige Einberufung.

### Regierungsrücktritt nur bei Mißtrauensvotum.

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wurde die Frage der Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung aus Anlaß eines Antrages der Nationalsozialistischen Freiheitspartei grundsätzlich behandelt. Der Antrag stellte sich auf den Standpunkt, daß die Reichsregierung zu ihrer Amtsführung der Annahme eines ausdrücklichen Vertrauensvotums durch den Reichstag bedarfe. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Kahl, führte dagegen aus, daß das Vertrauen des Reichstages in die Amtsführung der Regierung solange vorauszusetzen sei, bis ein vom Reichstag angenommenes ausdrückliches Mißtrauensvotum die Regierung oder einen Minister zum Rücktritt veranlasse. Die Mehrheit des Ausschusses stimmte dieser Ansicht zu und lehnte die Auslegung des Antrages ab.

## Der Streit um die Luftschiffwerft in Friedrichshafen.

### Ein Schwesterschiff des Z. R. 3 für Frankreich?

Dr. Eckener bei Coolidge.

New York, 17. Oktober. Der amerikanische Staatspräsident Coolidge empfing heute den Führer des Z. R. 3, Dr. Eckener.

### Statt Zeppelin — Los Angeles.

Berlin, 17. Oktober. Nach einer Newyorker Meldung des Lokalanzeigers wird das Luftschiff Z. R. 3 den Namen Los Angeles erhalten.

### Neue Ruhranleihe.

Essen, 17. Oktober. Der Ruhrbergbau hat, nachdem er vor kurzem eine Anleihe von 5 Millionen Dollar erhalten hatte, nunmehr einen weiteren Kredit von 2,5 Millionen Dollar durch Vermittlung des Newyorker Bankhauses Goldmann-Sachs und Co. aufgenommen. Der Zinssatz ist 7 v. H. Wie die Deutsche Bergwerkszeitung erzählt, sind diese Darlehen von insgesamt 7,5 Millionen Dollar von der Ruhrkohlen-A.G. aufgenommen worden.

### Heinrich Schulz stellt sich.

Berlin, 17. Oktober. Aus Budapest wird der Vossischen Zeitung gemeldet: Heute hat sich Heinrich Schulz, der Würdiger Erzbergers, bei der Budapester Polizei gestellt.

### Meuterei in der Roten Armee.

Berlin, 17. Oktober. Der Lokalanzeiger meldet aus Moskau: In den letzten Tagen ist es an verschiedenen Orten Rußlands zu Meutereien in der Roten Armee gekommen. So befindet sich in Sibirien die 2. Infanteriedivision im Aufstand. In Südrußland befindet sich das 74. Infanterieregiment im Aufruhr. Im Kaukasus sind bei verschiedenen nach den Aufstandsgebieten entsandten Truppen in großem Umfang Desertionen vorgekommen.